

# Avanti <sup>2</sup>

Theoriebeilage  
Sozialismus oder  
Neoliberalismus?  
von  
Ernest Mandel

ISO Rhein-Neckar

## DEUTSCHLAND- PAKT?



# NEIN DANKE!

## INHALT

## TITEL

- 01 „DEUTSCHLANDPRAKT“  
Für noch mehr Profite?

## EDITORIAL / INHALT / REPRESSION

- 02 POLIZEIGEWALT  
Gegen „letzte Generation“

## SEITE DREI

- 03 „DEUTSCHLANDPRAKT“  
Für noch mehr Profite?

## ANTI-KRIEGSTAG

- 04 KRIEGE  
Stoppen!

## KLIMASCHUTZ

- 05 KLIMAKATASTROPHE  
Mit Demos verhindern?

## BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN

- 06 PREISTREIBEREI  
Automatischer Inflationsausgleich

## EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die *New York Times* berichtete am 18. August 2023: „Fast 500.000 tote und verwundete Soldaten im Ukraine-Krieg“. Seitens des Aggressors Putin und der politischen Sprachrohre der „westlichen Wertegemeinschaft“ ist hierzu nur ein dröhnendes Schweigen zu vernehmen.

Außer mit dem Ukrainekrieg beschäftigen wir uns mit aktuellen und zurückliegenden Attacken gegen Menschen- und Grundrechte.

In der Theoriebeilage veröffentlichen wir Ernest Mandels hochinteressante Kritik des Neoliberalismus.

Wir hoffen, dass Euch die Oktober-Ausgabe von *Avanti*<sup>2</sup> zum weiteren Nachdenken anregt und zum Handeln ermutigt!

*Eure Redaktion*

Titelbild: Narrenschiff, Ölbild von Thomas Bühler  
(gemeinfrei - CC BY-SA 3.0 DE Deed).

## INHALT

- 07 KONFERENZ  
„Betriebsräte im Visier“?

- 08 BR-MOBGING  
Herausforderung für die IG Metall

## FRANKREICH

- 09 ARBEITSKÄMPFE  
Repression gegen Streikende?

## ISO / POLITISCHE BILDUNG

- 10 AFD  
Ein aufhaltbarer Aufstieg

- 11 CHILE 1973  
Durchbruch des Neoliberalismus?

## RÜCKBLLENDE / TERMINE

- 12 ANTIFASCHISMUS  
Lechleiter-Gedenken

- 12 TERMINE

## THEORIEBEILAGE

- 01 NEOLIBERALISMUS  
Die Analyse Ernest Mandels

## Gewaltsame Angriffe auf Letzte Generation

M. G.

Die Gewalt gegen Aktive der Letzten Generation wie im September in Mannheim ist kriminell.

Die Letzte Generation protestiert gegen die Klimakatastrophe. Das ist nicht nur ihr gutes Recht, sondern auch notwendig. Ihre Klebeaktionen schaden aber dem Anliegen der Klimagerechtigkeitsbewegung mehr als sie nutzen. Ihre Folgen treffen nicht die Herrschenden, sondern die Beherrschten.

Die Blockade der Konrad-Adenauer-Brücke am 2. September 2023 richtete sich gegen den Verfassungsbruch der Bundesregierung in der „Klimapolitik“ und gegen das Langzeitgewahrsam mehrerer Dutzend Aktiver der Letzten Generation in Bayern. Aber das vermittelte diese Aktion nicht.

### Nein zu Hass, Hetze und Verrohung

Das gewalttätige Verhalten einer Polizeibeamtin bei der Brückenblockade ([twitter.com/AufstandLastGen/status/1698988386965434482?s=20](https://twitter.com/AufstandLastGen/status/1698988386965434482?s=20)) war ebenso unakzeptabel wie die anschließende entwürdigende und demütigende „Behandlung“ der festgenommenen Protestierenden durch die Staatsmacht. Am 11. September demonstrierten deshalb rund 30 Menschen vor dem Mannheimer Polizeipräsidium.

Am 6. September kam es bei einer weiteren Straßenblockade der Letzten Generation in der Quadratesstadt zu üblen Angriffen

durch aggressive Autofahrer. Ein Mann trat auf die am Boden Sitzenden brutal ein.

In solchen gewalttätigen Szenen entlädt sich ein gefährlicher Hass. Er ist Resultat medialer und politischer Hetze gegen die „Klimakleber“ und Ausdruck zunehmender gesellschaftlicher Verrohung. Dem gilt es sich zu widersetzen. ■



Polizeigewalt gegen Sitzblockade in Mannheim, 6. September 2023.

# „Deutschland-Pakt“ für noch mehr Profite? Nein danke!

H. N.

**Bundeskanzler Scholz hat in seiner Rede während der Generaldebatte im Bundestag am 6. September 2023 einen „Deutschland-Pakt“ vorgeschlagen. Er soll das Land „schneller, moderner und sicherer machen“. Scholz forderte: „Tempo statt Stillstand, handeln statt aussitzen, Kooperation statt Streiterei“.**

**D**er Anführer der Kapitalisten, „Arbeitgeber“-Präsident Rainer Dulger, reagierte bezeichnenderweise zustimmend auf den Appell von Scholz für eine „nationale Kraftanstrengung“ zur „Modernisierung“ der BRD. „Mit dem angekündigten ‚Deutschland-Pakt‘ wacht die Bundesregierung endlich auf“, wird Dulger in der Presse zitiert. Das klingt fast schon ein wenig nach „Deutschland erwache!“.

Zu lange hat die Bundesregierung Dulgers neoliberalen Mantra zufolge die „Digitalisierung“ verschlafen und an „bürokratischen Hürden“ für Wirtschaft und Gesellschaft festgehalten.

Die CDU-Spitze flankiert bereitwillig diese Forderungen und fordert die Ampelregierung zu einem „Pakt gegen Migration“ auf. Sie befördert damit gemeinsam mit Innenministerin Faeser (SPD) und vielen anderen die alte braune Kampagne gegen Menschen, die vor Krieg, Hunger, Unterdrückung und Klimakatastrophe fliehen müssen.

Zu der schändlichen Hetze gegen Geflüchtete passt, dass es schon einmal einen „Deutschlandpakt“ gab. Dieser war ein 2005 geschlossenes Wahlbündnis der damals aktiven Neofaschisten der Nationaldemokratischen Partei Deutschland und der Deutschen Volksunion. *Nachtigall, ick hör dir trapsen!*

## Hochrüstung und Sozialabbau

In der aktuellen Debatte um den Bundeshaushalt 2024 hören wir, wie die Ampelregierung ihre „Zeitenwende“ weiter vorantreiben will: durch milliardenschwere Finanzierung der Konzernprofite und der Hochrüstung einerseits, durch massiven Sozialabbau andererseits.

Bis 2024 soll das NATO-Ziel für Rüstung (zwei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt) erreicht werden. Der Kriegsführungsetat steigt dann zusätzlich zu dem bereits beschlossenen „Sondervermögen“ von 100 Milliarden auf 85,5 Milliarden Euro. Die Rüstungslobby fordert bereits eine Aufstockung dieser Unsumme auf 300 Milliarden Euro.

Auf der Kehrseite der Medaille stehen die Kürzungen der Zuschüsse bei der Pflege- und der Krankenversicherung sowie bei der Finanzierung von Krankenhäusern. Weitere Streichungen soll es zudem bei der Bundeszentrale für politische Bildung, beim Bundesfreiwilligendienst, bei der freien Jugendhilfe und bei Jugendbildungsstätten geben.

Die Zukunft des Landes wird zynisch verspielt. Sei es beim Kampf gegen die Klimakatastrophe (siehe hierzu Berichte auf den S. 2 und 5 dieser Zeitung), sei es bei der Förderung der jüngsten Menschen. In der BRD leben mehr als ein Fünftel aller Kin-

der und Jugendlichen in Armut. Sie erfahren bittere Diskriminierung und Ausgrenzung. Statt zwölf Milliarden Euro sollen lediglich 2,4 Milliarden für die „Kindergrundsicherung“ vorgesehen werden.

Genügend Mittel für Bildung, für gut ausgestattete Schulen und für ausreichendes und qualifiziertes Lehrpersonal stehen nach wie vor nicht zur Verfügung. Das ist ein weiterer Skandal!

## Gemeinsam gegen Rechtsruck

Immer mehr Menschen werden durch das neoliberal-kapitalistische Treiben in Existenzangst versetzt. Ihre Vereinsamung und Perspektivlosigkeit kann die AfD für ihren weiteren Aufstieg sehr gut nutzen.

Gleichzeitig werden die Reichen immer reicher. Bezeichnenderweise gibt es kaum einen Staat, der Arbeit stärker und Vermögen geringer besteuert als die BRD.

Hierzulande machen vermögensbezogene Steuern nur etwa 1 Prozent der Wirtschaftsleistung aus. Statt jedoch die herrschende Klasse endlich steuerlich zur Kasse zu bitten, hat die Regierung Scholz die „Schuldenbremse“ wieder scharf gestellt.

Der Koalitionsvertrag der Ampel trägt die Überschrift: „Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“. Das muss in den Ohren der Arbeitenden, Ausgebeuteten und Ausgegrenzten verlogen klingen.

Es ist höchste Zeit, der Rechtsentwicklung und dem Klassenkampf von oben durch die Bildung einer sozialen und ökologischen Front von unten entgegenzutreten. Gemeinsame Aktion ist immer besser als vereinzelte Resignation! ■



Protest gegen Preistreiberei in Mannheim, 6. Dezember 2022. Foto: Privat.

# Antikriegstag 2023: „Stoppt den Krieg, stoppt das Töten!“

O. T.

Das war die zentrale Botschaft der Kundgebung am 1. September auf dem Mannheimer Paradeplatz.

Aufgerufen hatten der DGB Kreisverband Mannheim/Rhein-Neckar, die Naturfreunde, die Katholische Arbeitnehmerbewegung und der Evangelische Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA). Rund 200 Menschen waren gekommen. Aktive der ISO Rhein-Neckar verteilten ein Flugblatt mit der Überschrift „Militarismus und Kriege bekämpfen!“ ([www.iso-4-rhein-neckar.de/Antikriegstag\\_23](http://www.iso-4-rhein-neckar.de/Antikriegstag_23)).

„Stoppt den Krieg, stoppt das Töten“ waren auch die einleitenden Worte von Michael Müller, dem Bundesvorsitzenden der Naturfreunde und Hauptredner der Kundgebung. Müller verurteilte den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Er forderte den schnellstmöglichen Waffenstillstand. Den anhaltenden Zermürbungskrieg könne keine der beiden Seiten gewinnen. Zudem sei die Gefahr einer unbeherrschbaren Eskalation sehr groß. Es drohe die Gefahr eines Krieges mit der NATO. Das bedeute einen Dritten Weltkrieg, bei dem auch Atomwaffen eingesetzt werden könnten.

## Beschleunigte Aufrüstung

Müller zufolge hat der Krieg die Spirale der

Aufrüstung erneut beschleunigt. Über 2,2 Billionen US-Dollar, mehr als jemals seit 1945, würden für Rüstung und Militär ausgegeben. Das deutsche Aufrüstungsziel von 2 Prozent des BIP und das Sondervermögen von 100 Mrd. Euro für die Bundeswehr seien fehl am Platz. Angesichts enormer gesellschaftlicher Herausforderungen wie der Klimakrise sei die Rückkehr zu einer Friedenspolitik unabdingbar.

In einem weiteren Redebeitrag trat Gilian Can Karakaş von der IG Metall-Jugend für eine Kultur des Friedens ein, die auf Respekt, Toleranz und Zusammenarbeit beruht. Es liege in unserer Hand, die Waffen niederzulegen, den Dialog zu suchen und die Spirale der Gewalt zu durchbrechen. Mit unserem Nein zum Krieg würden wir ein Zeichen setzen. Nicht nur für eine bessere Zukunft für die Jugend, sondern auch für mehr Verständnis, mehr Mitgefühl und mehr Solidarität für alle.

Sozialpfarrer Maximilian Heßlein (KDA) bezog sich in seinen Ausführungen auf das aktuelle Kriegsgeschehen in der Ukraine. Er verurteilte die Aggression Russlands und forderte den Rückzug der russischen

Armee. Er appellierte zudem an die Verantwortung der Ukraine und der sie unterstützenden Staaten, auf ein Kriegsende hinzuwirken. Immer mehr Waffen und immer mehr Kriegsoffer seien keine Lösung. Der Blutzoll dieser Strategie sei grauenhaft.

## Verlogene „westliche Werte“

Heßlein stellte infrage, dass mit den Waffenlieferungen an die Ukraine „unsere Werte und unsere Freiheit“ verteidigt würden. Dieses Argument sei verlogen und scheinheilig. Es ginge doch in Wirklichkeit um die „Werte“ derjenigen, die all ihr Geld aus Mensch und Natur herauspressen.

Der Vertreter des KDA empörte sich: „Wie können wir von Werten und von Freiheit dieser Gesellschaft reden, wenn dieses Land zwar bereit ist, für die Aufrüstung zum Töten 100 Milliarden Euro bereit zu stellen, aber für die Zukunft der ärmsten Kinder in diesem Land nicht einmal 2,5 Prozent davon? Wie können wir von Werten und Freiheit reden, wenn dieses Land achselzuckend zuschaut, dass Jahr für Jahr tausende Menschen ungesehen auf dem Mittelmeer oder in der Sahara Opfer einer sich immer weiter verschärfenden rassistischen Flüchtlingspolitik werden? Zugleich werden die Herkunftsländer unverändert hemmungslos ausgebeutet und klein gehalten. Wie können wir von Werten und Freiheit reden, wenn in diesem Land der bei Weitem größte Niedriglohnsektor der westlichen Welt besteht und wir hier nicht einmal in der Lage sind, einen heute und im Alter armutsfesten Mindestlohn zu zahlen?“

Statt immer mehr Waffen zu liefern, forderte Heßlein die Bundesregierung zu eigenständigen Friedensbemühungen und zur Unterstützung der Friedensinitiativen aus Südafrika oder Brasilien auf.

Zum guten Gelingen der Kundgebung trugen nicht zuletzt die vom Mannheimer Musiker Bernd Köhler beeindruckend vortragenen Antikriegslieder bei. ■



Kundgebung zum Antikriegstag in Mannheim, 1. September 2023.

Foto: Privat.

# 13. globaler Klimastreik von Fridays for Future

## Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!

E. B.

**Am Freitag, den 15. September 2023, unterstützten deutschlandweit über 250.000 Menschen den von einem breiten Bündnis aus Klimagruppen, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen getragenen Klimastreik unter dem Motto #EndFossilFuels.**

**Z**ur Auftaktkundgebung am Mannheimer Schloss kamen etwa 800 Menschen. Aktive der ISO Rhein-Neckar verteilten dort ein Flugblatt, das zum Widerstand gegen die Klimakatastrophe aufruft (siehe die Auszüge auf dieser Seite). Nach Angaben der örtlichen Gruppe von Fridays for Future (FFF) demonstrierten anschließend rund 2.000 bis zum Marktplatz.

Aktive von FFF Mannheim kamen in einer Presseerklärung der Initiative vom 15.09.2023 zu Wort: „Wir haben keine Zeit mehr für den momentanen Stillstand in der Klimapolitik der Ampelkoalition! Die Krisen haben sich diesen Sommer aneinandergereiht, Waldbrände, Starkregenfälle, Dürren, neue Temperaturrekorde, gleichzeitig Überschwemmungen – die lebensbedrohlichen Folgen der Klimakatastrophe sind so deutlich wie nie!“

Auch die Kritik an der Bundesregierung wurde deutlich gemacht: „Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit müssen zusammengedacht werden. Doch spätestens jetzt ist klar: Der Ampel ist weder an echtem Klimaschutz noch an sozialer Gerechtigkeit gelegen.“ ■



Auftakt des Klimaprotests am Mannheimer Schloss, 15. September 2023.

### Widerstand gegen die Klimakatastrophe

Laut Weltklimarat kann nur mit radikalen Maßnahmen die Erderwärmung bis Ende 2100 auf 1,5 Grad Celsius eingedämmt werden. Die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen müssen bis 2030 um 45 % reduziert werden, bezogen auf das Basisjahr 2010. Bis 2050 muss die Weltwirtschaft CO<sub>2</sub>-neutral sein. [...]

Den verbrecherischen Überfall des Putin-Regimes auf die Ukraine nutzen die Herrschenden für eine „Zeitenwende“. Rückkehr zu Atom, Kohle und Fracking-Gas, Militarisierung, Aufrüstung, Krieg, Kriminalisierung von Klimaprotesten, Bekämpfung von Gewerkschaften, anhaltende Teuerung, wachsende Armut – kurz ein Rechtsruck.

Nicht nur der Energiesektor, sondern die gesamte Wirtschaftsordnung beruht auf demselben Prinzip: Gnadenlose Ausbeutung von Mensch und Natur, um immer mehr „Wachstum“ zu produzieren. Dieses Vorgehen macht Kapitaleigner immer reicher. [...]

Auch deshalb muss die Macht der Konzerne gebrochen werden. Die Wirtschaft darf nicht weiter auf Gewinnmaximierung beruhen. Sie hat den Bedürfnissen von Mensch und Natur gerecht zu werden. Das können wir nur durch eine sehr große außerparlamentarische Massenbewegung erreichen – hier bei uns und weltweit.

Deshalb müssen wir uns demokratisch vernetzen und eine gemeinsame soziale und ökologische Front vor allem mit Kämpfen und Streiks in der Arbeitswelt aufbauen. Nicht nur gegen die Kli-

mazerstörer, sondern auch gegen die Kriegs- und Preistreiber.

Die Herrschenden handeln vollkommen unverantwortlich. Sie nehmen die Vernichtung der Erde und unser aller Zukunft in Kauf. [...]

Die herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung führt zu immer größerer sozialer Ungleichheit und zu Krieg. Sie richtet immer größere Verwüstungen und Zerstörungen an.

Eine andere, eine solidarische Welt ist nötig und möglich! Das erfordert eine grundlegende Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft. Nicht mehr der Profit, sondern die demokratisch organisierte Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse (Ernährung, Bildung, Wohnen, Kultur, Arbeit, Gesundheit, Pflege, Infrastruktur ...) und der Schutz der Natur werden dann im Zentrum stehen.

Müssen wir dann auf Wohlstand verzichten? Nein! Wir werden ein viel besseres Leben gewinnen. Reichtum wird dann nicht mehr an Geld, sondern an der Qualität des Lebens gemessen. Freie, selbstbestimmte Zeit für alle Menschen wird dann ausreichend vorhanden sein – für ein aktives gesellschaftliches und politisches Engagement, für Kreativität, Genuss und Ruhe, Fürsorge und Liebe.

**Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht  
Konsequent gegen die Klimakatastrophe  
Deshalb Kapitalismus überwinden**

# Preistreiberei?

## Automatischer Inflationsausgleich!

M. G.

**Medial wird die nach wie vor anhaltende Teuerung kleingeredet. Fakt ist, dass sehr viele Millionen Menschen im Alltagsleben besonders unter ihr leiden.**

**F**akt ist auch, dass weder die Folgen noch die Ursachen der Preissteigerungen bekämpft werden. Die vorherrschende neoliberale Politik ist Diener der von höheren Preisen profitierenden Konzerne. Die Gewerkschaften sind leider politisch und organisatorisch derzeit zu sehr geschwächt, um strategische Gegenwehr leisten zu können.

In Deutschland sind die Reallöhne 2022 um 4,0 Prozent gesunken – so stark wie nie zuvor. Ende April 2023 teilte dies das Statistische Bundesamt mit. Es korrigierte damit seine vorläufigen Zahlen noch einmal nach unten.

Zwar sind die Löhne und Gehälter nominal gestiegen. Aber dieses Wachstum wurde von der hohen Inflation mehr als aufgefressen. Die Kaufkraft ging damit bereits im dritten Jahr in Folge zurück.

In Belgien hingegen sind die Reallöhne laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 2022 um 2,9 % gestiegen (siehe Grafik auf dieser Seite). Warum ist das so? Die Frage lässt sich leicht beantworten. In unserem Nachbarland gibt es eine automatische Anpassung der Einkommen an die Inflation.

### Vorbild Belgien?

Es ist kaum verwunderlich, dass angesichts der politischen und medialen Verhältnisse hierzulande große Ahnungslosigkeit über

dieses hochaktuelle Thema vorherrscht. Für uns ist das Grund genug, diesem Missstand ein klein wenig abzuweichen.

In Belgien werden seit 1919/20 Löhne, Gehälter und sonstige Bezüge wie Renten automatisch an die Preissteigerungen angepasst. Das geschieht sehr zum Ärger der Europäischen Kommission, des Internationalen Währungsfonds, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Ratingagenturen, der belgischen prokapitalistischen Regierungen und ihrer Auftraggeber.

Wenn in Belgien der „Schwellenindex“ überschritten wird, dann ist das ein Beleg dafür, dass die Preise gestiegen sind und das Leben teurer geworden ist. Aufgrund gesetzlicher Bestimmungen müssen dann die Renten, die Sozialleistungen und auch die Beamtengehälter ansteigen, weil sie an den Index gebunden sind. Eine gewisse Zeit später folgt dem auch in der Privatwirtschaft eine Anhebung der Löhne und Gehälter

Der „Schwellenindex“ errechnet sich aus den Preissteigerungen eines festgelegten Waren- und Dienstleistungskorbs. Er misst die Teuerungsrate für die Ausgaben der privaten Haushalte. Übersteigt sie eine bestimmte Grenze, dann steigt auch der Schwellenindex.

Der den Index bestimmende Warenkorb beinhaltet etwa sechshundert Produkte und Dienstleistungen. Er wird jedes Jahr mit neuen Waren und Dienstleistungen bestückt, die Ausdruck eines veränderten Konsumverhaltens sind.

### Gewerkschaftliche Gegenmacht

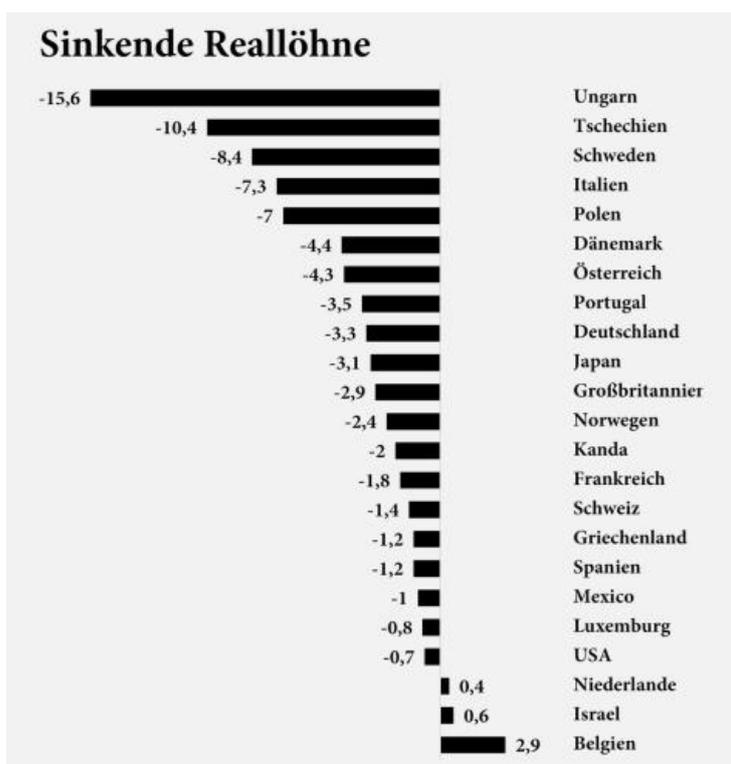
Vor allem die aktiven belgischen Gewerkschaften verteidigen dieses System der Kaufkrafterhaltung gegen die fortgesetzten Angriffe des Kapitals und seiner politischen Handlanger.

Auch in Belgien ersetzt die automatische Anpassung der Einkommen an die Inflation nicht das gewerkschaftliche Aushandeln und Durchsetzen von Entgelt-Tarifverträgen. Aber es erleichtert das enorm.

Im Sinne einer strategischen Verteidigung der Klasseninteressen der Arbeitenden und Ausgebeuteten ist die Durchsetzung einer „gleitenden Lohnskala“ erforderlich. Sie bedeutet unter anderem Tarifverträge, die eine automatische Erhöhung der Entgelte parallel zu den Preissteigerungen garantieren.

Von großer Bedeutung ist es aber, sich nicht auf die noch aktiven Beschäftigten zu beschränken, sondern immer die Einheit der gesamten arbeitenden Klasse im Auge zu behalten.

Insbesondere kann das durch die Verbindung mit der Forderung nach kontinuierlicher Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich geschehen. Diese „gleitende Skala der Arbeitszeit“ nimmt auch die Interessen der Erwerbslosen und der prekär Arbeitenden mit in den Blick und stärkt somit massiv die gewerkschaftliche Gegenmacht. ■



# Konferenz „Betriebsräte im Visier“ am 14. Oktober in Mannheim „Solidarität stärken!“

H. S.

Am Samstag, den 14. Oktober 2023, findet schon zum zehnten Mal in Mannheim die bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ statt. In immer mehr Unternehmen wird BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung als „normal“ angesehen.

Die Entschließung der letztjährigen Tagung hatte festgestellt: „Die Durchsetzung eines ‚Rechts des Stärkeren‘ in prominenten und weniger prominenten Firmen und Einrichtungen ist unakzeptabel und muss konsequent bekämpft werden. [...] Starke demokratische Gegenmacht ist die Voraussetzung, um Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung stoppen zu können. Sie muss in den Betrieben und in der Öffentlichkeit entwickelt werden.“

In der Einladung zur anstehenden Beratung heißt es: „Im Zentrum unserer diesjährigen Konferenz steht zum einen die Notwendigkeit, Solidarität auch überbetrieblich zu entwickeln. Zudem wollen wir uns mit erfolgreichen Methoden zur Verteidigung unserer Rechte im Betrieb befassen. Nicht zuletzt werden wir danach fragen, wie sehr das deutsche faschistische Arbeits-

unrecht auch heute noch nachwirkt.“

Die Tagung soll nicht nur die bundesweite Zusammenarbeit gegen BR-Mobbing stärken, sondern vor allem ein solidarisches Forum zum persönlichen Erfahrungsaustausch und zur praktischen Unterstützung anbieten.

Wegen des begrenzten Platzangebots ist eine frühzeitige schriftliche Anmeldung an die Veranstalter sehr sinnvoll: Per E-Mail an [solidaritaet@gegen-br-mobbing.de](mailto:solidaritaet@gegen-br-mobbing.de) oder per Post an Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“, Speyerer Str. 14, 68163 Mannheim. ■

Unterstützt die Unterschriftenaktion gegen BR-Mobbing bei der Dulger-Firma ProMinent!

[www.netigate.se/ra/s.aspx?s=1151263X385586598X71018](http://www.netigate.se/ra/s.aspx?s=1151263X385586598X71018)

## Betriebsräte im Visier

## Bossing, Mobbing & Co.

## Solidarität stärken!

## Konferenz

mit betroffenen Kolleg:innen aus verschiedenen Branchen,  
Stefan Rebmann (DGB Baden-Württemberg)  
Daniel Warkocz (IGM Mannheim)  
Klaus-Dieter Freund (Rechtsanwalt)  
Alexander Mohrlang (IG Metall Vorstand)  
und vielen anderen

**Samstag, 14. Oktober 2023**

13:00 – 19:00 Uhr

Gewerkschaftshaus Mannheim  
Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

[www.gegen-br-mobbing.de](http://www.gegen-br-mobbing.de)

Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ Mannheim  
mit freundlicher Unterstützung der IG Metall Mannheim  
sowie DGB Baden-Württemberg,  
IG BCE Weinheim, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt Baden (KDA),  
Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-  
Neckar, work-watch Köln

## Programm

12:30 Uhr Anmeldung

13:00 Uhr Eröffnung  
und Grußwort des DGB

13:30 Uhr Analyse I: Taskforce/Anlaufstelle gegen BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung – ein schöner Traum?

14:00 Uhr Plenumsdiskussion

14:30 Uhr Kaffeepause

14:50 Uhr Analyse II: *Organizing* – wirksames Mittel der  
Gegenwehr?

15:20 Uhr Plenumsdiskussion

15:50 Uhr Kaffeepause

16:05 Uhr Analyse III: Rechtliche Strategie – was tun?

17:20 Uhr Podiumsgespräch: Gegen BR-Mobbing – wie  
erfolgreich handeln?

18:00 Uhr Wie weiter?

Impulsreferat, Plenums-Diskussion,  
Zusammenfassung, Entschließung

19:00 Uhr Schlusswort (danach gemeinsames  
Abendessen)

[www.gegen-br-mobbing.de](http://www.gegen-br-mobbing.de)

# BR-Mobbing – Herausforderung für die IG Metall

H. N.

**Die Bekämpfung von Betriebsräten (BR) und Gewerkschaften ist nicht neu im Kapitalismus. Aber in der „sozialen Marktwirtschaft“ der BRD greift sie immer mehr um sich.**

**D**as Gerede von „Einzelfällen“ hatte lange auch in gewerkschaftlichen Kreisen Konjunktur. Gerne in Verbindung mit dem bis heute nicht völlig verstummten Geraune, dass die gemobbten Betriebsratsmitglieder wegen ihres „unbotmäßigen“ Verhaltens ja selbst an ihrer Lage schuld seien.

Die Defensive der Gewerkschaften nutzt die Gegenseite zunehmend, um gegen aktive BR vorzugehen und gewerkschaftlichen Einfluss weiter zurückzudrängen.

## Kriminelle Rechtsbrüche

Der aktuelle Skandal bei ProMinent wirft ein grelles Licht auf die „Sozialpartnerschaft“ hierzulande. 2022 wurde dort der in der IG Metall (IGM) organisierte Betriebsrat zerschlagen und durch ein unternehmenshöriges Gremium ersetzt. Miteigentümer und Mitglied der Geschäftsführung der Firma ist Rainer Dulger. Dieser ist zudem Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, also der höchste Repräsentant des Kapitals. Gegen die Machenschaften bei ProMinent wendet sich eine Solidaritätskampagne um Günter Wallraff\*. Träger dieser Aktion sind die „Anlaufstelle Union Busting“ beim IGM-Vorstand, das Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ und nicht zuletzt Work Watch.

Nur ein Bruchteil der Fälle von BR-Mobbing wird bekannt. Mit „Verdachtskündigungen“, mit Bespitzelung und Zersetzung des beruflichen und privaten Umfeldes wird gegen engagierte Betriebsräte und gegen Betriebsratsgründungen vorgegangen. Gesundheitlich ruinierte Kolleginnen und Kollegen, traumatisierte Familienangehörige, zerstörte berufliche Existenzen und nicht zuletzt verängstigte Belegschaften sind die Folgen.

Dennoch bleiben die hierfür verantwortlichen Manager, ihre Helfershelfer aus Anwaltskanzleien, Beratungsfirmen, Detektiven und den Reihen gefügiger „Betriebsräte“ bislang meist strafrei. Verantwortliche in Politik, Justiz, Medien und leider auch in manchen betrieblichen und gewerkschaftlichen Strukturen nehmen diese massive Verletzung von Grund- und Menschenrechten entweder gar nicht wahr oder spielen sie als „atypisch“ herunter.

## Gegenwehr beschlossen

Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall 2015 wurde der wegweisende Antrag der Mannheimer IGM „Aktiv gegen Mobbing von Betriebsräten“ beschlossen. Kernpunkte dieses Beschlusses waren die Verpflichtung zur:

1. Berichterstattung in den Medien der IGM über aktuelle Fälle von BR-Mobbing und zur systematischen Hintergrundanalyse
2. Bereitstellung ausreichender politischer, rechtlicher und organisatorischer Kapazitäten durch den Vorstand, um Betroffene sowie gewerkschaftliche Strukturen bei der Gegenwehr wirksam beraten und unterstützen zu können
3. Behandlung der Themen „Union Busting“ und BR-Mobbing in der Bildungsarbeit der IGM

4. Fortbildung der in der IGM organisierten ehrenamtlichen Arbeitsrichterinnen und Arbeitsrichter zum Thema BR-Mobbing
5. Initiierung gewerkschafts- und länderübergreifender Aktivitäten gegen Gewerkschaftsbekämpfung und BR-Mobbing
6. Unterstützung gewerkschaftsnaher Initiativen gegen BR-Mobbing und deren Vernetzung
7. Unterstützung des Mannheimer Appells „Gemeinsam gegen Mobbing von Betriebsräten!“ ([www.gegen-br-mobbing.de/infos/mannheimer-appell](http://www.gegen-br-mobbing.de/infos/mannheimer-appell))
8. Einwirkung auf den Kapitalverband Gesamtmetall, BR-Mobbing durch dessen Mitgliedsfirmen zu unterbinden
9. politischen Einflussnahme auf die Regierungen der Länder- und Bundesebene zwecks Bekämpfung von BR-Mobbing und
10. Unterbindung von „Verdachtskündigungen“ und der Einführung der Unschuldsvermutung auch im Arbeitsrecht.

## Hemmnisse überwinden

Die Umsetzung dieses Beschlusses ist jedoch – trotz des unbestreitbaren Engagements insbesondere der „Anlaufstelle Union Busting“ – bisher nicht konsequent und deshalb nur teilweise erfolgreich. Im Geschäftsbericht des IGM-Vorstands für den bevorstehenden Gewerkschaftstag ist daher zu lesen: „Im Organisationsbereich der IG Metall häufen sich die Fälle von Arbeitgeberangriffen auf die gewerkschaftliche Macht und die Mitbestimmung im Betrieb.“

Die IG Metall ist im DGB der Vorreiter bei der Bekämpfung von BR-Mobbing. Aber es wäre falsch, die Augen vor offenkundigen Hemmnissen zu verschließen und sich nicht für deren Überwindung einzusetzen. In diese Richtung gehen auch drei Anträge zum Gewerkschaftstag: für besseren „Schutz für Initiator\*innen einer Betriebsratsgründung“, für verstärkten Kampf gegen „Union Busting“ und für die „Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften“ gegen BR-Mobbing. ■

\*[[www.netigate.se/ra/s.aspxs=1151263X385586598X71018](http://www.netigate.se/ra/s.aspxs=1151263X385586598X71018)]



Konferenz „BR im Visier“ in Mannheim, 15. Oktober 2022.

# Frankreich

## Repression gegen streikende Kolleginnen und Kollegen

BERNARD SCHMID

**Teilnehmerinnen und Teilnehmer an gewerkschaftlichen Arbeitsniederlegungen sind im französischen wie im deutschen Recht vor Maßregelungen durch den „Arbeitgeber“ – das heißt vor disziplinarrechtlichen Sanktionen wegen ihrer Streikbeteiligung – geschützt.**

Im derzeitigen Klima – sicherlich ermutigt durch die allgemeine Haltung des Regierungslagers – versuchen nun gleich mehrere prominente Unternehmen in Frankreich, diese Beschränkung abzuschütteln.

### Arbeitsverbot bei der Post

Eines von ihnen ist La Poste. Das französische Postunternehmen gehört zu 34 % direkt dem französischen Staat und zu 66 % der durch die öffentliche Hand kontrollierten Bank CDC (Caisse des dépôts et consignations – Kasse für Depots und Kommissionsgeschäfte).

Während der massenhaften Protestbewegung zur Bekämpfung der am 15. April 2023 in Kraft gesetzten „Rentenreform“ legten im Frühjahr 2023 auch Postbedienstete im südwestfranzösischen Bezirk Pyrénées-Orientales (Bezirk Nummer 66, Ostpyrenäen, Hauptstadt Perpignan) die Arbeit nieder und hielten drei Wochen lang ohne jegliche Form von Gewaltanwendung einen Streikposten aufrecht. Die Unternehmensleitung leitete dennoch rechtliche Schritte gegen die Kolleginnen und Kollegen ein. Angeblich hätten sie, so die Behauptung des Post-Managements, durch das Streikpostenstehen „auf illegale und konzerterte Weise die Arbeit von Anderen behindert“.

Auf arbeits- bzw. disziplinarrechtlicher Ebene lud die Post zudem den Generalsekretär des Bezirksverbands der CGT-Gewerkschaft der Postbediensteten (CGT-FAPT 66), Alexandre

Pignon, am 4. Juli 2023, zu einem Disziplinalgespräch vor.

Einige Wochen später wurde der Kollege durch die Post hart sanktioniert: anderthalb Jahre *mise à pied*, das heißt Arbeitsverbot und Entfernung vom Arbeitsplatz ohne Bezahlung für achtzehn Monate.

### Kündigung bei Euro Disney

Ein weiteres – in diesem Fall privates – Unternehmen ist Euro Disney, Betreiber des bekannten Freizeitparks und französischen Disneyland-Ablegers in der Nähe von Marne-la-Vallée südöstlich von Paris.

Dort fanden im Mai und Juni dieses Jahres mehrere Mobilisierungen von abhängig Beschäftigten und Demonstrationen für Lohnerhöhungen in Inflationszeiten statt. In den letzten Wochen wurden daraufhin Kündigungsversuche gegen fünf Lohnabhängige bei Euro Disney eingeleitet.

Bald darauf wurden diese Drohungen gegen einen ersten der betroffenen Kollegen wahrgemacht. Als Vorwand für die nunmehr ausgesprochene Kündigung diente eine Waffel, die angeblich einem Besucher des Vergnügungsparks schlecht serviert worden war.

Dies sind nur zwei „kleine“ Beispiele für die auch in Frankreich zunehmenden Angriffe auf gewerkschaftlich aktive Kolleginnen und Kollegen. Es ist höchste Zeit, dass Gewerkschaften diesen Klassenkampf von oben erkennen und gemeinsam dagegen konsequent Front machen. ■



Rentenproteste in Paris, 17. April 2023.

Foto: Photothèque Rouge/Martin Noda/Hans Lucas.

## ISO-Infoabend August 2023

# „Der aufhaltsame Aufstieg der AfD - Was tun?“

K. M.

**Unser Infoabend am 18. August 2023 stieß angesichts der aktuellen Rechtsentwicklung auf reges Interesse und hatte einen intensiven Austausch zur Folge.**

Unser Referent warf zunächst einen Blick zurück. Gegen den Erfolg der Novemberrevolution 1918 formierte sich schnell ein konterrevolutionäres Bündnis aus Mehrheitssozialdemokratie, Großkapital, Reichswehr und präfaschistischen Freikorps. Es unterdrückte brutal den Versuch, eine sozialistische Räte-Demokratie zu errichten.

Diesem historischen Verbrechen fielen Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und tausende aufständischer Arbeiter und Arbeiterinnen zum Opfer. Die blutige Niederschlagung radikaler Klassenkämpfe in der Zeit bis 1923 war ein weiterer entscheidender Schritt, um später sowohl den Sieg des Faschismus in Deutschland als auch den des Stalinismus in der UdSSR zu ermöglichen.

Im zweiten Teil seines Vortrags skizzierte unser Referent die Faschismusanalyse Ernest Mandels. Sie beruht im Wesentlichen auf den scharfsichtigen Warnungen Leo Trotzki vor dem Aufstieg der NSDAP vor 1933 und fasst sie in fünf Entwicklungsstufen zusammen.

### Marxistische Faschismusanalyse

In der ersten Stufe geraten parlamentarische Politik und kapitalistische Wirtschaft in eine offene Krise. Millionen verarmen. Existenzängste breiten sich aus. Sie sind der Nährboden für eine rechte Radikalisierung. Der Ruf nach einem „starken Mann“ wird lauter.

In der zweiten Stufe verschärft sich der Klassenkampf von oben. Sozialabbau, Lohnsenkungen, Streik- und Gewerkschaftsbekämpfung sind die Folgen. Die Bereitschaft im Großkapital zur Finanzierung der extremen Rechten wächst.

Die vorentscheidende dritte Stufe ist ein Kipppunkt, der durch die massive Zunahme von Irrationalismus, extremem Nationalismus und Antisemitismus gekennzeichnet ist. Sie ermöglicht das enorme Wach-

tum der gewalttätigen NS-Bewegung vor allem im Kleinbürgertum. Die Abwehr von Gewalt und Unrecht wird schwächer. Angst und Passivität nehmen zu, außer in den Reihen der Aktiven der Arbeiterbewegung.

In der vierten Stufe haben sich die Faschisten durch ihre politische Ausstrahlung bereits eine relative Stärke erkämpft. Kreise des Großkapitals sichern ihre „Wahlkämpfe“ und die Existenz der Schlägertruppen SA und SS finanziell ab.

In der fünften und letzten Stufe gibt das Großkapital grünes Licht für die Errichtung der NS-Diktatur. Ihre Hauptaufgaben sind die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, die damit verbundene Verschärfung der Ausbeutung und die Kriegsvorbereitung.

### Soziale Front gegen Faschismus

Im dritten Teil seines einleitenden Vortrags gab unser Genosse einen Überblick über die Entwicklung des Neofaschismus nach 1945. Die Gründung von BRD und DDR fand ohne wirkliche „Entnazifizierung“ statt. Die neoliberalen Konterreformen in Deutschland, die „Globalisierung“ und der „Beitritt“ der DDR zur BRD 1990 hatten verheerende sozialen Folgen für große Teile der arbeitenden Klasse und schwächten die Gewerkschaften.

Der vorherrschende Neoliberalismus ermöglichte den Aufstieg des rechten „Populismus“ und das Erstarren des Neofaschismus. Dessen *Spinnennetz* konnte durch die Wahlerfolge der mittlerweile vom braunen Höcke-Flügel dominierten AfD enorm gestärkt werden.

Die AfD ist im Bundestag derzeit viertstärkste Fraktion. Sie kann ihre mit „Anti-Establishment-Rhetorik“ getarnten Lügenkampagnen – wie derzeit gegen Flüchtlinge – millionenfach verbreiten. Zur 24/7-Produktion von Hass und Hetze gegen Schwache verfügt sie über große Geldmittel aus ihrem

Parlaments-Budget von etwa 200 Mio. € für die laufende Legislaturperiode 2021 - 2025. Zudem kann sie damit ca. 350 Stellen finanzieren.

Im vierten und letzten Teil seiner Ausführungen versuchte unser Referent, Antworten auf die Frage „Was tun?“ zu formulieren. An erster Stelle nannte er die Notwendigkeit, gemeinsam aktiver zu werden. So könnte die Aufklärung über die AfD und der Widerstand in der Arbeitswelt und im Alltag gegen die Rechtsentwicklung gestärkt werden. Eine besondere Verantwortung hierfür sah er bei Gewerkschaften sowie antifaschistischen Organisationen und sozialen Bewegungen.

Zudem sei es erforderlich, antikapitalistische Krisenlösungen zu entwickeln und dabei am aktuellen Bewusstsein anzuknüpfen. Die öffentliche Verteidigung von Menschenrechten erfordere den Aufbau einer aktionsfähigen sozialen Front der Solidarität ohne Grenzen. ■



„Ukulele Modell ‚Aiwanger‘ - weiß-blauer Anstrich auf braunem Grund.“

# ISO-Infoabend September 2023

## „50 Jahre Putsch in Chile - Durchbruch des Neoliberalismus“

R. G.

**Am 11. September 1973 putschte das Militär in Chile gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Salvador Allende und errichtete eine Militärdiktatur.**

**D**as vorzügliche Einleitungsreferat unseres Referenten stellte den weltpolitischen Hintergrund dieses einschneidenden Geschehens dar. Es verdeutlichte, welche bis heute nachwirkende Bedeutung dieser Putsch für den weltweiten Siegeszug des Neoliberalismus hatte.

### Die Regierung Allende

1970 ist der Sozialist Allende zum Präsidenten gewählt worden. Er hat wichtige Industrien und Banken verstaatlicht, eine Bodenreform umgesetzt und zahlreiche sozialpolitische Maßnahmen wie kostenlose Bildung und kostenlose Gesundheitsversorgung durchgeführt.

Allende ist davon überzeugt gewesen, dass das Parlament, die besitzenden Klassen und das Militär gegenüber dieser Politik neutral und loyal bleiben würden. Diesen Irrtum haben er und Zehntausende linker und gewerkschaftlicher Aktiver mit dem Leben bezahlt.

### Der Putsch

Nach ihrem Putsch haben die Militärs jeglichen Widerstand unterdrückt. Zehntausende sind verhaftet, interniert, grausam gefoltert und ermordet worden. Tausende haben die Mordbanden der Diktatur „verschwinden lassen“.

Wichtigster ausländischer Drahtzieher war der US-Geheimdienst CIA. Die USA haben nach 1945 auf die Vergrößerung der sowjetischen Einflusszone, die chinesische Revolution 1949 und die Kolonialrevolutionen mit einer aggressiven Außenpolitik reagiert. Ziel ist es gewesen, weltweit und mit allen Mitteln eine weitere Ausbreitung des „Kommunismus“ zu verhindern. Ohne Rücksicht auf Völkerrecht, Demokratie und Menschenrechte haben die USA auf allen Kontinenten Staatstriebe organisiert und unterstützt. Der chilenische Putsch ist ein zentrales Glied in der blutverschmierten

Kette dieser imperialistischen Schandtaten gewesen.

Aber auch die BRD und ihr Auslandsgeheimdienst BND sind mitverantwortlich für die damaligen Gräueltaten gewesen. So ist die deutsche Siedlung Colonia Dignidad und deren mörderische Unterstützung der Diktatur gedeckt worden. Gesuchte Nazi-Verbrecher, darunter vom BND bezahlte Leute, haben die Putschisten bei der Unterdrückung der Opposition mit Folter und Mord „unterstützt“.

### Neoliberale „Schocktherapie“

Unmittelbar nach dem Putsch haben die „Chicago Boys“ aus USA der Militärregierung ein neoliberales Programm vorgelegt. Es hat unter anderem Reprivatisierungen sowie die Kürzung und Streichung sozialer Leistungen beinhaltet.

Aufgrund des Verbots von Gewerkschaften und oppositioneller Organisationen sowie der Unterdrückung jeglichen Widerstands ist Chile ein „ideales“ gesellschaftliches Großlabor gewesen. In ihm konnten „ungestört“ neoliberale Ideologien umgesetzt werden. Dass sie sich damit zu Handlangern einer menschenverachtenden Diktatur machten, hat die „Chicago Boys“ keineswegs gestört.

1975 ist die neoliberale Politik nochmals verschärft worden. Nach einem Besuch in Chile hat der neoliberale Vordenker Milton Friedman, General Pinochet eine Schocktherapie für Chile empfohlen. Ihr Inhalt: massive Kürzung des Staatshaushalts, Öffnung Chiles für ausländische „Investoren“, weiterer Abbau von Sozialleistungen. In der Folge hat sich die soziale Lage der arbeitenden Klassen massiv verschlechtert. Die Profite hingegen sind enorm gesteigert worden.

Das ist der gewalttätige Start des neoliberalen Durchbruchs gewesen. Weltweit hat seitdem das Kapital seine Raubzüge verschärft.

Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre ist zuerst in England unter Thatcher, in den USA unter Reagan und bald danach in anderen Staaten neoliberale Politik umgesetzt worden – nicht zuletzt auch in der BRD.

Bis heute ist der Neoliberalismus die global vorherrschende Ideologie. Er verstärkt soziales Elend und die ungehemmte Ausbeutung und Zerstörung von Mensch und Natur. Zugleich begünstigt er den Aufstieg autoritärer und faschistischer Bewegungen. In seinem Kern ist er profitorientiert, antidemokratisch und asozial. Darin gleicht er der faschistischen Ideologie.

### Breite Diskussion

Die Diskussion behandelte viele historische und tagesaktuelle Themen. So wurden die Folgen neoliberaler Politik wie die globalen Krisen, die Konzentration von Reichtum, der Aufschwung der Rechten und der Ukraine-Krieg diskutiert.

Nicht zuletzt ging es um die Möglichkeiten des Widerstands. Angesichts der aktuellen Stärke autoritärer, rechter Strömungen sowie der Schwäche der Linken und der Gewerkschaften dürften keine kurzfristigen Erfolge erwartet werden. Es gehe um einen gemeinsamen Widerstand im Rahmen konkreter betrieblicher, gewerkschaftlicher, sozialer, feministischer und ökologischer Kämpfe. Zum anderen um die Erneuerung einer gesellschaftlichen Utopie, die demokratisch, egalitär, solidarisch und ökologisch ist. ■



Chile-Solidarität 1974.

Foto: Privatarchiv.

# Lechleiter-Gedenken: „Faschismus bekämpfen!“

H. S.

Am 15. September 2023 fand in der Schwetzingener Vorstadt das alljährliche Gedenken an die Mannheimer Widerstandsgruppe um den Kommunisten Georg Lechleiter statt. Rund 100 Menschen nahmen an der von der VVN-BdA organisierten Veranstaltung teil.

Die Lechleiter-Gruppe war während des Faschismus aktiv. Kommunisten, Sozialdemokraten und Sozialisten hatten sich im Widerstand gegen die Nazidiktatur zusammengeschlossen. Sie mussten im Untergrund agieren. Mit ihrer Zeitung „Der Vorbote“ versuchten sie, die Bevölkerung über die faschistischen Verbrechen aufzuklären und sie zur Gegenwehr zu bewegen. Durch Verrat ist die Gruppe aufgefliegen. 19 ihrer Mitglieder wurden durch die NS-Justiz zum Tode verurteilt. Sie wurden am 15.9.1942 und am 23.02.1943 hingerichtet.

Hauptredner in diesem Jahr war Lars Treusch, Regionsgeschäftsführer des DGB Nordbaden. Er zeigte sich alarmiert von dem anhaltenden Aufstieg der AfD. Ihrer rechtsextremen Hetze vor allem gegen Flüchtlinge und andere Minderheiten müsse entschieden entgegengetreten werden. Auch die Beiträge des Offenen Antifaschistischen Treffens (OAT) und der SDAJ warnen vor den Folgen einer Normalisierung der AfD und dem damit verbundenen gesellschaftlichen Rechtsruck.

Bernd Köhler umrahmte die Veranstaltung mit überzeugend interpretierten antifaschistischen Liedern. ■



Lechleiter-Gedenken am 15. September 2023 in Mannheim.

## ISO/IV. Internationale

### Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

### TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- FR, 06.10.2023, 16:00 Uhr, „Für den Erhalt der Wälder im globalen Süden“, Campus Lernfeld, BUGA Mannheim
- SO, 08.10.2023, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- SAM, 14.10.2023, 13:00 Uhr, Konferenz „BR im Visier“, Gewerkschaftshaus Mannheim
- MI, 18.10.2023, 19:30 Uhr, „Staatsstreich in Israel?“, Buchhandlung Schwarz auf Weiß, Friedrichstr. 11a, MA-Neckarau
- DO, 19.10.2023, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus Mannheim
- FR, 27.10.2023, 19:00 Uhr, ISO-Infoabend zum Rechtsruck, Mannheim

### Vorschau

- FR, 03.11.2023, 19:00 Uhr, Film „Das Spinnennetz“, Cinema Quadrat, K1, 2, Mannheim
- SAM, 04.11.2023, 13:30 Uhr, ISO-Lesekreis „Sozialismus oder Neoliberalismus?“, Mannheim



**Impressum:**  
ISO Rhein-Neckar  
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54  
Email: [info@iso-4-rhein-neckar.de](mailto:info@iso-4-rhein-neckar.de)  
Web: [www.iso-4-rhein-neckar.de](http://www.iso-4-rhein-neckar.de) Facebook: [www.facebook.com/iso.4.rn](https://www.facebook.com/iso.4.rn)

